



DGAP

Zusammenfassung  
Online-Diskussion vom 9. Dezember 2020

„Ein Frozen Conflict taut auf“ – neue Gewalt in der  
Westsahara

**Hintergrund:** In Nordafrika droht ein fragiler Frieden zu zerbrechen. Mitte November erklärte die saharawische Unabhängigkeitsbewegung *Frente Polisario*, den bewaffneten Kampf gegen Marokko nach fast dreißig Jahren wieder aufnehmen zu wollen. Vorausgegangen war eine Operation Marokkos im Grenzgebiet zwischen der Westsahara und Mauretanien. Der Konflikt um das von Marokko kontrollierte Gebiet der Westsahara blockiert seit Jahrzehnten die regionale Zusammenarbeit in Nordafrika. Für die EU ist Marokko ein wichtiger Partner in der Migrationspolitik. Algerien, auf dessen Gebiet sich die Flüchtlingslager der Polisario befinden, arbeitet eng mit europäischen Partnerinnen und Partnern bei der Bekämpfung extremistischer Gruppen zusammen. Seit dem Rücktritt von Bundespräsident a.D. Horst Köhler im April 2019 ist zudem die Position des UN-Sondergesandten für die Westsahara vakant.

**Highlights:**

- Die Sperrung des Grenzübergangs *Guerguerat* ist Zeichen der Frustration der *Polisario* angesichts des Stillstands im politischen Prozess.
- Eine militärische Eskalation ist nicht zu erwarten.
- Marokko sieht den Faktor „Zeit“ auf seiner Seite, spielt deswegen auf Zeit.
- Etwaige neue Verhandlungen müssen die beiden Parteien dazu bringen, ihre tatsächlichen Positionen klar dazulegen.
- Die Ernennung eines neuen UN-Gesandten durch den UN-Generalsekretär sollte zeitnah erfolgen, um weiteren Eskalationen vorzubeugen.

**Moderation**

**Dr. Gerrit Kurtz**

Research Fellow für  
Krisenprävention und Diplomatie,  
DGAP

**Diskussion**

**David Schwake**

Generalsekretär,  
Deutsche Afrika Stiftung

**Dr. Wolfgang Weisbrod-Weber**

Leiter der UN-Mission MINURSO  
bis 2012

**Dr. Isabelle Werenfels**

Senior Fellow  
Stiftung Wissenschaft und Politik

**Philip Holzapfel**

Referatsleiter Mahgreb,  
Auswärtiges Amt

## Frust angesichts des Stillstands - die Beweggründe der Polisario

Obwohl die Sperrung des Grenzübergangs durch die *Polisario* keine neue Form der Eskalation sei, bisher gab es etwa 50 solcher Sperrungen, zeige die öffentlichkeitswirksame Aufkündigung des Waffenstillstands, dass die Führung der *Polisario* neue Wege zu suchen scheine, Druck auf Marokko und die internationale Diplomatie auszuüben. Auch wenn die UN-Mission MINURSO sich bisher sehr bemüht habe, eventuellen Zusammenstößen vorzubeugen und die Zahl der Straßensperren zu reduzieren, ist der derzeitige Stillstand im politischen Prozess ein wichtiger Grund für etwaige neue Zusammenstöße. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich darin einig, dass die Aktion der *Polisario* in Guerguerat vor allem ein Ausdruck der stetig steigenden Frustration unter ihrer Anhängerschaft sei; insbesondere unter den jüngeren Sahrawis, welche zum Teil im westlichen Ausland studiert hätten und nun mit der Lage in den Flüchtlingscamps im algerischen Tindouf, wo die *FP* auch ihr Hauptquartier unterhält, vertraut seien, seien unzufrieden. Allgemein gelte die Lage in den Camps als schlecht; seit dem Auftreten der Corona-Pandemie habe sich die logistische und gesundheitliche Situation weiter verschärft. Deshalb interpretiere man den Schritt der *Polisario* als Zeichen an die eigene Anhängerschaft. Zwar sei es so gelungen, das eigene Anliegen wieder in den Fokus zu rücken, eine wirkliche Eskalation des Konflikts sei aber nicht zu erwarten - dafür seien die militärischen Mittel der *FP* dem marokkanischen Militär in puncto Qualität und Quantität zu unterlegen.

## Marokko spielt auf Zeit - Schritt für Schritt zur Souveränität?

Der marokkanischen Seite attestierten die Teilnehmenden wenig Interesse daran, den Konflikt eskalieren zu lassen. Zwar ließe sich der Streit um den Status der Westsahara ohne eine diplomatische Lösung niemals völlig beilegen; aktuell scheine die Zeit jedoch für Marokko zu spielen. Es sei insofern auch unklar, ob Marokko den Autonomieplan weiter umsetzen wolle. Die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) werde heute nur noch von 40 statt früher rd. 80 Ländern anerkannt. Darüber hinaus betreibe Marokko relativ erfolgreich die Eröffnung von Konsulaten auf dem Territorium der Westsahara. Das Echo der Öffentlichkeit auf die Räumungsaktion Marokkos in Guerguerat müsse für die *Polisario* als ernüchternd gewesen sein, habe sich doch wenig Zuspruch für das Anliegen des saharawischen Volkes geregt.

## Wirtschaftliche Schäden „eingepreist“?

Das ökonomische Potential der Region wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unterschiedlich hoch eingeschätzt, vor allem im Hinblick auf den Ertrag von Bodenschätzen wie Phosphat. Die derzeitigen Umstände verhinderten jedoch die volle Inwertsetzung und Erschließung der Ressourcen durch unternehmerische Investitionen. Marokko sei aber bereit, diesen Preis zu zahlen. Der Fischfang in den Küstengebieten vor der Westsahara sei durch ein Urteil des *EuGH* aus dem Jahr 2018 verkompliziert worden; dieses besage, dass die Westsahara nicht zum Gebiet des Königreich Marokko gehöre und deshalb keine Zollpräferenzen für von dort stammende Erzeugnisse gewährt werden könnten - wie es das Assoziierungsabkommen der *Europäischen Union* mit Marokko vom 1.03.2000 eigentlich

vorgesehen hatte. Ein weiterer Kostenpunkt sei die fehlende Integration des Maghreb. Der grenzübergreifende Export im Maghreb stagniere seit längerer Zeit auf dem niedrigen Niveau von 0,6 % - mit eher sinkender Tendenz. Dabei stellen die unterschiedlichen Interessen von Marokko und Algerien hinsichtlich der Lösung des Westsahara-Konflikts die entscheidende Hürde für die Aufnahme und Vertiefung von wirtschaftlicher Kooperation dar.

### Die Position Algeriens - ein Nachbar, der nicht Partei sein will!

Algerien betone stets, in dem Konflikt nur "Nachbar" zu sein, was von Marokko bestritten werde, das Algerien als „Partei“ ansehe. Derzeit scheine Marokko davon auszugehen, dass Algerien außenpolitisch, unter anderem durch die Erkrankung des algerischen Staatspräsidenten an Covid-19 und dessen Behandlung in Deutschland, kaum handlungsfähig sei. Zu betonen sei auch, dass die Armee in Algerien einen erheblichen Einfluss darauf ausübe, wie man der Sache der *Polisario* gegenüberstehe. Algerien könne die Situation innenpolitisch für sich nutzen, indem es eine Bedrohung von außen beschwöre. Auch Algerien sei aber nicht an einer Eskalation interessiert.

### EU und AU - lieber außen vor als dabei?

Während Marokko eine direktere Beteiligung Algeriens als Partei fordere, wolle es das Engagement der *Europäischen* sowie der *Afrikanischen Union* möglichst kleinhalten. Beide supranationalen Institutionen hätte ein Interesse daran, den Konflikt beizulegen. Eine direkte diplomatische Einflussnahme sei aber für beide Institutionen schwer, weil ihre Mitglieder gemeinsame Haltung zu dem Konflikt hätten. Marokko hoffe, weitere AU-Mitgliedstaaten von seiner Position überzeugen zu können. Die *Europäische Union* bekenne sich zwar in jeder ihrer Verlautbarungen zu den Rechten des saharawischen Volkes, schiebe die Verantwortung für den Prozess aber den *UN* zu.

### Wie weiter?

Hinsichtlich möglicher Handlungsoptionen und Lösungswege bestand in einigen Punkten Konsens unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. So wurde betont, wie wichtig die Ernennung eines neuen *UN*-Sondergesandten sei, um koordinierte diplomatische Bemühungen wieder aufzunehmen und Bewegung in einen Streit zu bekommen, bei dem beide Parteien, zum Teil mehr aus nationalem Stolz denn aus praktischen Erwägungen heraus, ihre Positionen nicht ohne Gesichtsverlust aufgeben könnten. Um die "roten Linien" beider Seiten besser bestimmen zu können, sollte der oder die neue Sondergesandte einen neuen eigenen Plan vorlegen, der die Beteiligten "aus der Deckung zwingt" und den tatsächlichen Verhandlungsspielraum aufzeige. Neben der Ernennung eines neuen Gesandten müsse der Sicherheitsrat außerdem seine Resolution zum Westsahara-Konflikt überdenken; die derzeitige Resolution verlange Unmögliches.